

NIEDERSCHRIFT
über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Karlsbad am 09. Juni 2010 im Bürgersaal des Neuen Rathauses in Karlsbad-Langensteinbach



Beginn: 19:05 Uhr

Ende: 20:05

Verhandelt:

Karlsbad, 9. Juni 2010

Bürgermeister:

Rudi Knodel

Anwesende:

Gemeinderäte

- Amann Manfred 19:20 Uhr
- Badewien-Oehler Dorothea
- Becker Otto
- Bodemer Rolf
- Christmann Heike
- Dummler Reinhard
- Günther Heike
- Haas Reinhard entschuldigt
- Haller Helmut
- Herrmann Jürgen
- Höger Günther
- Höger Otto
- Hoffer Walter

- Karcher Joachim
- Kiesinger Peter
- Metz Günter
- Müller Willibald
- Nürnberg Cornelia
- Rädle Roland
- Rohrer Uwe
- Dr. Rupp Martin
- Schlifkowitz Hielta
- Schmidt Michael
- Steigerwald Klaus
- Vollmer Susanna
- Welte Michael

Gäste:

Ortsvorsteher:

Schriftführer:

Hans-Dieter Stößer

Verwaltung:

- Roland Tibi
- Simone Kruthoff
- Dr. Klaus Rösch

- Ronald Knackfuß
- Hans-Dieter Stößer

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 31.05.2010 ordnungsgemäß eingeladen worden und die öffentliche Tagesordnung im Mitteilungsblatt am 2. Juni erschienen ist und das Kollegium beschlussfähig ist, weil 25 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind.

Als Urkundspersonen werden ernannt:

Gemeinderäte Höger Günter, Herrmann Jürgen, Steigerwald Klaus, Rohrer Uwe



Zu 1.) Bekanntgaben

Keine.

Zu 2.) Fragen der Gemeinderäte

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) sagt, dass es in einem Raum im Kindergarten Mutschelbach Störungen in der Elektrik gibt. Ortsbaumeister Ronald Knackfuß informierte, dass der Fehler behoben wird. Der Vorsitzende verspricht, bezüglich der in der Presse bekannt gewordenen Verzögerungen beim Ausbau der Autobahn A 8 nähere Informationen einzuholen.

GR Joachim Karcher (Freie Wähler) meint, dass es bei einem Bauvorhaben in der Karlsruher Straße in Spielberg erhebliche Probleme bei der Parksituation gibt - unter anderem durch zugeparkte Grundstückzufahrten und parken in Feldwegen die als Zufahrt für die Grundstücke benötigt werden. Hauptamtsleiter Roland Tibi sagt, dass man hier nachhaken werde.

GR Günter Höger (CDU) erkundigt sich nach dem Sachstand Bauarbeiten Kinderspielbecken Schwimmbad. Die Arbeiten werden demnächst abgeschlossen, antwortet Ortsbaumeister Roland Knackfuß. In Sachen abgestelltes Schneeräumfahrzeug am Friedhof Langensteinbach sei man im Rechtsverfahren jetzt soweit, dass man eine Ersatzvornahme durchführen könne, sagt Hauptamtsleiter Roland Tibi auf eine weitere Frage von Höger.

GR Michael Schmidt (CDU) erkundigt sich nach der Freigabe des P und R Parkplatzes beim Edeka. Hier müssten zuerst noch die Restarbeiten abgewickelt werden, informiert Ortsbaumeister Roland Knackfuß.

GR Günter Metz (Freie Wähler) fragt nach dem Sachstand beim Baulückenkataster. Das Bauamt wird hierzu Informationen liefern. Metz beklagt sich über den sehr schlechten Zustand der Straße zwischen Ittersbach und Ottenhausen. Aus finanziellen Gründen könne man derzeit leider nur verkehrssichernde Maßnahmen durchführen, meint Ortsbaumeister Ronald Knackfuß. Eine notwendige Generalsanierung sei aus finanziellen Gründen momentan nicht realisierbar.

GR Uwe Rohrer (Bündnis 90/Grüne) erinnert an eine schon länger nicht beantwortete Anfrage in Bezug auf Durchfahrt für Radfahrer im Einbahnstraßenbereich im Ortszentrum Langensteinbach. Hauptamtsleiter Roland Tibi sagt, dass man hier nachhaken werde. Rohrer empfiehlt weiter, sich der Situation im Umfeld der Benzstraße / Zufahrt Märkte / Frisörgeschäft/ Profi anzunehmen. Dort könnten nach Eröffnung des Parkdecks unfallträchtige Situationen entstehen. Hauptamtsleiter Roland Tibi nimmt die Anregung auf.

GR Roland Rädle (CDU) regt an, die Verkehrssituation im Gewerbegebiet KSC insgesamt zu prüfen und ein Konzept zu erstellen.

GR Haller (SPD) gibt eine Anregung in Bezug auf das Abstimmverhalten der Karlsbader Vertreter beim Abwasserverband weiter.

Zu 3.) Nochmalige Beratung und Beschlussfassung über die Sanierung des Rathauses in Karlsbad-Spielberg

Der Vorsitzende und Ortsbaumeister Ronald Knackfuß stellen die Thematik dar. Der beschließende Gemeinderatsausschuss für Bau, Planung und Umwelt (BPUA) hatte in seiner Sitzung am 07.04.2009 beschlossen, die Maßnahme Umbau/Sanierung des



Karlsbad-Spielberger Rathauses für eine Förderung aus dem „Konjunkturprogramm II“ der Bundesregierung anzumelden. Nach erfolgter Beschlussfassung im Bau- Planungs- und Umweltausschuss hatte die Verwaltung am 08.04.2009 einen Förderantrag gestellt. Dieser wurde mit Zuwendungsbescheid des Regierungspräsidiums Karlsruhe bewilligt. Wegen der dramatischen Entwicklung der Karlsbader Gemeindefinanzen wurde am 07.09.2009 eine Haushaltssperre für das Jahr 2009 beschlossen. Aus diesem Grund wurde die Maßnahme im Jahr 2009 noch nicht begonnen. Am 07.10.2009 beschloss der Bau- Planungs- und Umweltausschuss der fachtechnischen Planung der Sanierung zuzustimmen und mit der Maßnahme nach Finanzierung im Haushalt 2010 zu beginnen. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2010 am 16. April wurde die Sanierungsmaßnahme „Rathaus Karlsbad-Spielberg“ per Beschluss befürwortet. Am 19. Mai machte der Gemeinderat schließlich den Beschluss zur Sanierung der Spielberger Rathauses wieder rückgängig.

Gründe die für Sanierung sprechen

Die Gemeinde erleide, so der Vorsitzende einen Nachteil, weil der Beschluss des Gemeinderates vom 19. Mai wesentliche negative Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen habe und weil notwendige arbeitsrechtliche und baurechtliche Vorschriften nicht erfüllt werden können. Karlsbad habe – so der Vorsitzende - in den vergangenen Jahren seine Rathäuser von Grund auf saniert. Die Sanierungsmaßnahme in Karlsbad-Spielberg bilde den Abschluss dieser vom Gemeinderat gewünschten Sanierungsreihe. Das Gebäude sei ortsbildprägend und denkmalgeschützt. Der Sanierungsstau stehe außer Frage. Wenn die Gesamtmaßnahme nicht komme sei zumindestens mit einem Teilaufwand an Kosten zu rechnen. Der bewilligte Zuwendungsbescheid ermögliche es der Gemeinde Karlsbad, dieser Verpflichtung nachzukommen und das Gebäude nachhaltig, behindertengerecht, energetisch und denkmalgeschützt zu modernisieren. Durch den ablehnenden Beschluss des Gemeinderates werde eine solch notwendige grundlegende Sanierung auf absehbare Zeit vereitelt. Neben dem Zuschuss von 163.000 €, der direkt verloren gehe, werde eine spätere Sanierung/Umbau die Gemeinde finanziell wesentlich stärker belasten, als die 100.000 €, die durch den Beschluss vermeintlich eingespart werden. Und dies – so der Vorsitzende - nicht nur im Bereich der eigentlichen Sanierungskosten, sondern auch in den Bewirtschaftungs- und Unterhaltungsausgaben. Auch technische Gründe würden – so Ortsbaumeister Ronald Knackfuß - dafür sprechen, die Maßnahme in der vorgeschlagenen und mit Zuwendungsbescheid vorgesehenen Art durchzuführen: Energieeinsparung: Durch den Einbau einer Zwischentür im Eingangsbereich könne man kostenwirksame energetische Einsparungen realisieren. Die gesamte Flurzone, die im Rathaus zu beheizen ist, werde dadurch als Warmzone abgetrennt. Zusätzliche Kosten beim Umbau der denkmalgeschützten Rathauseingangstür werden vermieden. Dadurch werde der enorm hohe Energie- und Wärmeverbrauch im Rathaus Spielberg drastisch reduziert. Schaffung von gesetzlich vorgeschriebenen Archivflächen: Seit Jahren bestünden im Bauamt unzureichende Lagerungsmöglichkeiten von Projektordnern und eine viel zu geringe Archivfläche für Bauakten, zu deren ordentlichen Lagerung die Gemeinde verpflichtet sei. Die ständig steigende Zahl von Bauakten und Projektordnern könne nicht mehr auf dem Dachboden gelagert werden, da statische Untersuchungen schon jetzt eine Überlastung der Deckentragfähigkeit festgestellt hätten. Zur Verfügung stehende Kellerräume müssten entsprechend vorge richtet werden. Für diese zwangläufige Maßnahme würden Kosten von circa 55.000 Euro entstehen. Schaffen eines behindertengerechten Zugangs und Barrierefreiheit: Durch den Anbau einer Rampe im nordwestlichen Gebäudeteil werde das Rathaus im Erdgeschoss behindertengerecht zugänglich. Gleichzeitig werden nicht nur die wichtigsten Anlaufpunkte wie Bauordnungsamt, Ortsbaumeister, Ortsverwaltung, Ortsvorsteher barrierefrei erreicht, sondern auch eine behindertengerechte Toilette



eingebaut. Unzulässige Sozialräume: Das Fachbüro für Arbeitssicherheit und Brandschutz habe bei einer Objektbegehung festgestellt, dass der Sozialraum im Rathaus Spielberg ungeeignet sei und nicht den Arbeitsstätten-Richtlinien entspricht. Zudem sei für den Sozialraum kein zweiter Rettungsweg vorhanden, sodass im Notfall keine sichere Flucht nach außen ermöglicht wird. Die Deckenhöhe sei mit einer Raumhöhe von ca. 1,90 Meter für einen Sozialraum viel zu gering und der Raum ungenügend belichtet und belüftet. Die vorhandene Kellerfensteröffnung müsste fünfmal größer ausgebaut werden. Erneuerung Außenputz: Mit den Sanierungsarbeiten am Rathaus Spielberg werde gleichzeitig der Außenputz erneuert. Dadurch werden weitere energetische Einsparungen erzielt und weitere denkmalgeschützte Anforderungen eingehalten.

GR Peter Kiesinger (CDU) lehnt die Sanierung im Jahr 2010 ab. „Irgendwann müssen wir es machen, aber aus finanziellen Gründen müssen jetzt andere Prioritäten gesetzt werden“ erläutert er seine Ansicht. Die Geldnot der Gemeinde sei zum jetzigen Zeitpunkt offensichtlich bekannt. Er verweist auf nicht behindertengerechte Ausstattung der Rathäuser in Mutschelbach und Auerbach die demzufolge nicht zu einem Vergleich herangezogen werden könnten. In Bezug auf die Aktenlagerung meint er, dass es andere räumliche Ausweichmöglichkeiten für die ältesten Akten gebe. Außerdem sieht er die Gefahr, dass der geplante Etat überzogen wird. Zuschüsse für solche Maßnahmen gebe es auch in Zukunft.

Der Vorsitzende hält dem entgegen, dass die Rathäuser in Mutschelbach und Auerbach behindertengerechte Einrichtungen hätten und auch die finanziellen Zwänge seien den Gemeinderäten bereits beim Beschluss für die Sanierung des Rathauses bekannt gewesen.

GR Joachim Karcher (Freie Wähler) sieht dies ebenso und meinte, dass sich auch der Ortschaftsrat für die Sanierung ausgesprochen habe. Kritisch bewertet er es, Gemeinderatsbeschlüsse umzuschmeißen und neue Beschlüsse mit anderen Verquickungen zu fassen. Im Übrigen stehe ein großer Zuschuss für das Rathaus in Spielberg zur Diskussion.

GR Klaus Steigerwald (SPD) befürwortet ebenfalls das Vorhaben.

GR Heike Günther (Bündnis 90/Grüne) sagt, dass die Steuerzahler auch für die Landes- und Bundeszuschüsse gerade stehen müssten.

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) erläutert, dass sich sein Abstimmungsverhalten nicht ändern werde. Er finde es nicht in Ordnung, die Ortsteile gegeneinander auszuspielen. Der Vorsitzende verweist darauf, dass die Verknüpfung zwischen Kindergärten Ittersbach und Rathaus Spielberg weg sei.

Der Vorsitzende bittet den Gemeinderat zu beschließen:

Der Beschluss des Gemeinderates vom 19.5. wird aufgehoben und der Beschluss vom 16.4. wieder in Kraft gesetzt.

Der Gemeinderat lehnt dies mit 16 Neinstimmen, 7 Jastimmen und 3 Enthaltungen ab.

Der Vorsitzende sagt, dass er prüft, ob Rechtswidrigkeit vorliegt. Falls er zu diesem Entschluss kommt, wird er eine Entscheidung der Rechtsaufsichtsbehörde des Landratsamtes herbeiführen.

Zu 4.) Genehmigung von Protokollen

Keine.



Zu 5.) Verschiedenes

Nichts.

Zu 5.) Fragen der Zuhörer

Keine.

Bürgermeister Rudi Knodel

Gemeinderat Günter Höger

Gemeinderat Jürgen Herrmann

Gemeinderat Klaus Steigerwald

Gemeinderat Uwe Rohrer

Protokollführer Hans-Dieter Stößer